

Der Provinzialverband Westfalen in der NS-Zeit

Öffentliche Verwaltung ist stets auch ein Spiegelbild der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Einblicke in die Arbeit des Provinzialverbandes Westfalen in der NS-Zeit dokumentieren die katastrophalen Auswirkungen der NS-Ideologie.



Abb. 1 Bus der „Gemeinnützigen Krankentransport G.m.b.H.“
Aus: Bernd Walter, Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne (Paderborn 1996)

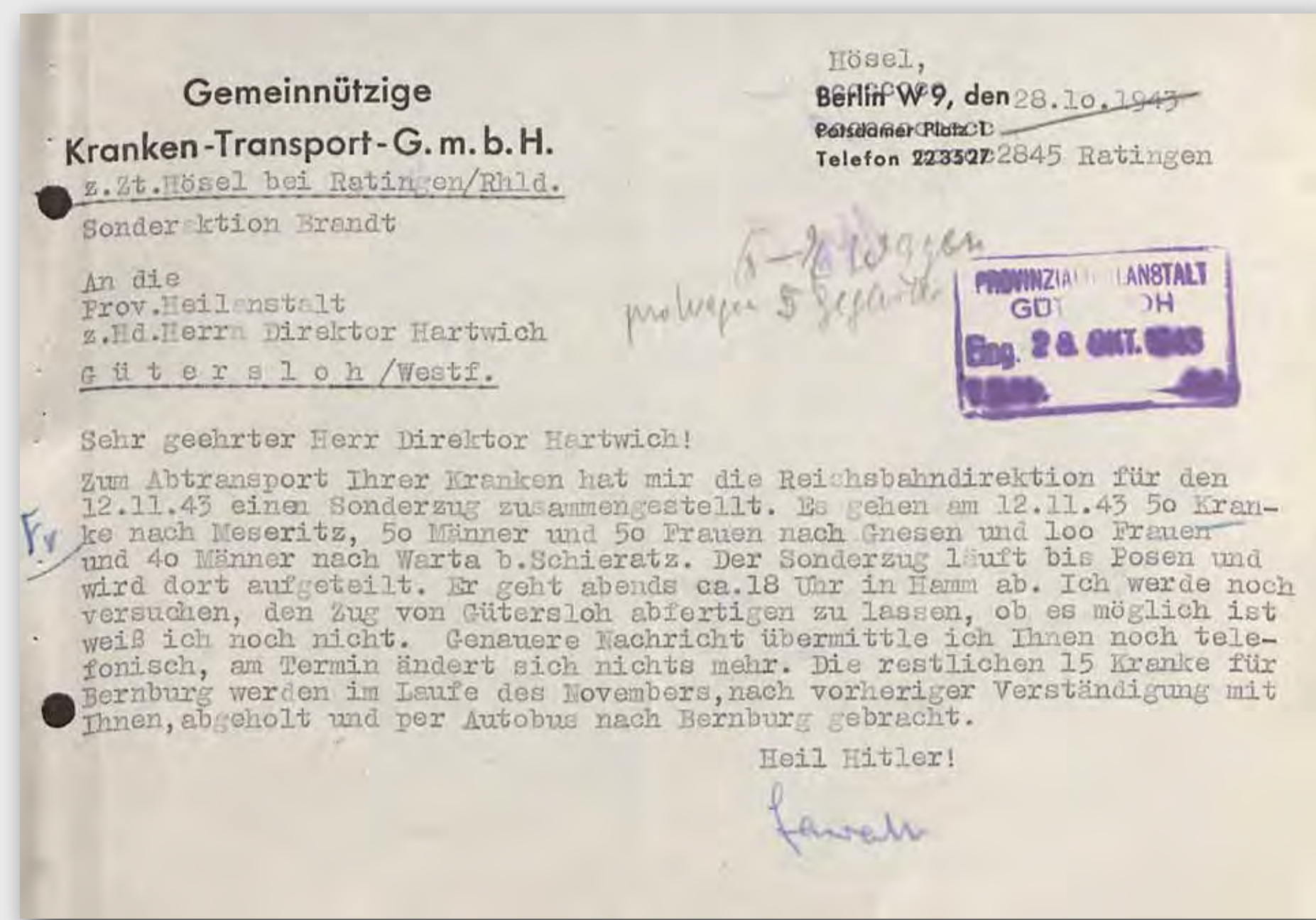


Abb. 2 Nachricht der „Gemeinnützigen Krankentransport G.m.b.H.“ an die Provinzialheilstalt Gütersloh über den Ablauf eines Patiententransports in Tötungsanstalten.
Archiv LWL – 661/Nr. 133

„Rassenhygienische“ Maßnahmen wurden in den psychiatrischen Kliniken (Abb. 1, 2) und den Einrichtungen der Jugendpflege (Abb. 3) umgesetzt. Auch der Bereich Kultur war von einschneidenden Regelungen betroffen. So wurden u.a. die Museen angewiesen, „entartete Kunst“ aus ihren Häusern zu entfernen (Abb. 4).

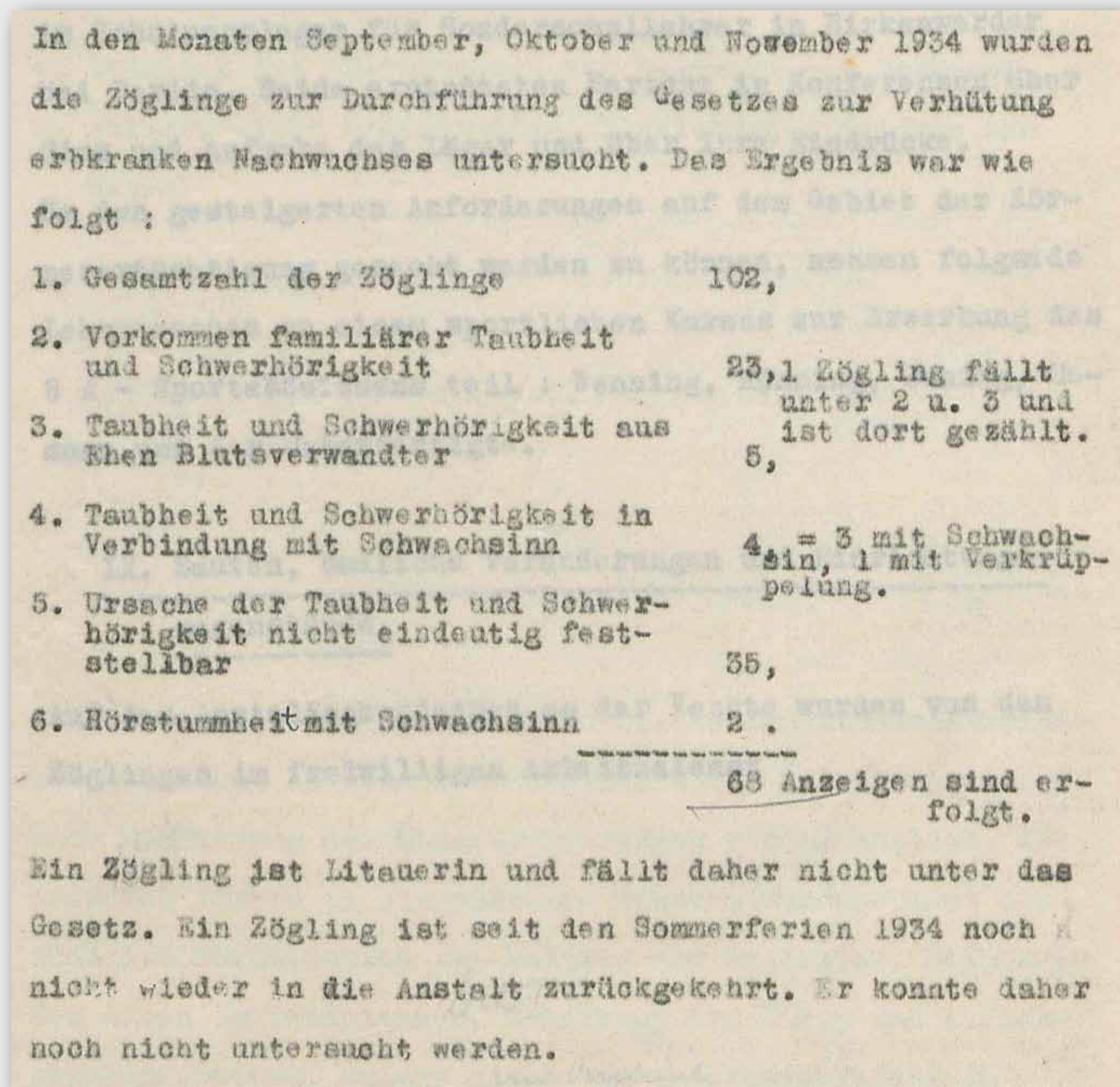


Abb. 3 Zwangssterilisation von gehörlosen Kindern am Beispiel der Gehörlosenschule Langenhorst
(Quelle: Archiv LWL, Best. 558/15)

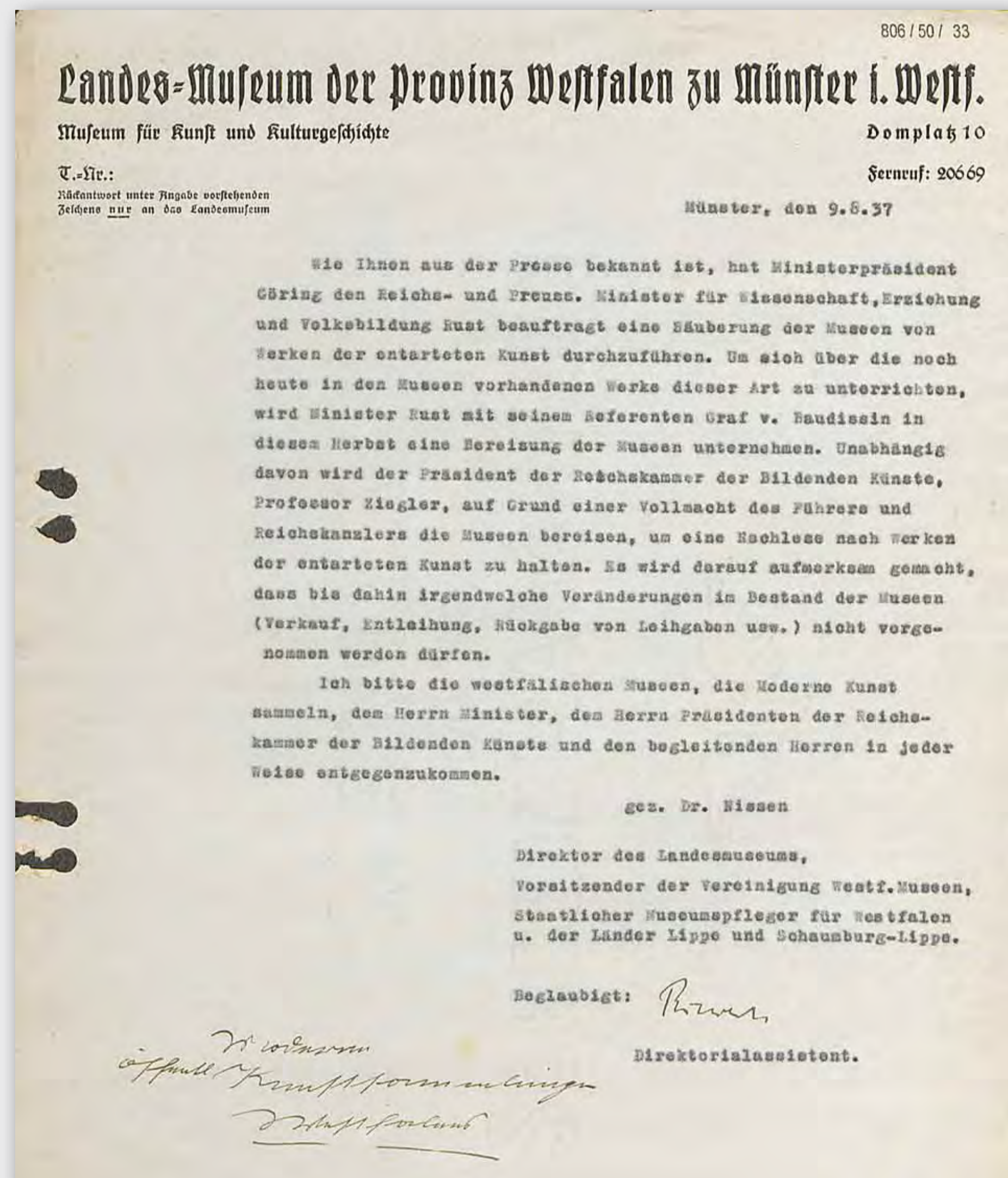


Abb. 4 Aufruf von Museumsdirektor Dr. Nissen an die Museen in Westfalen, die reichsweite Erfassung von entarteter Kunst zu unterstützen
(Quelle: Archiv LWL, Best. 606/50)

Den Akteuren in Politik und Verwaltung kam eine besondere Rolle zu. Landeshauptmann Kolbow übernahm sein Amt als zweithöchster Repräsentant des Provinzialverbandes bald nach der Machtergreifung der NSDAP. Den Zielen der Partei stand er ursprünglich nahe, allerdings führten kritische Äußerungen gegen Ende des Krieges dazu, dass er für die NSDAP in seinem Amt nicht mehr tragbar war und 1944 aus der Partei ausgeschlossen wurde (Abb. 5, 6).



Abb. 5 Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow
(Quelle: LWL Medienzentrums)

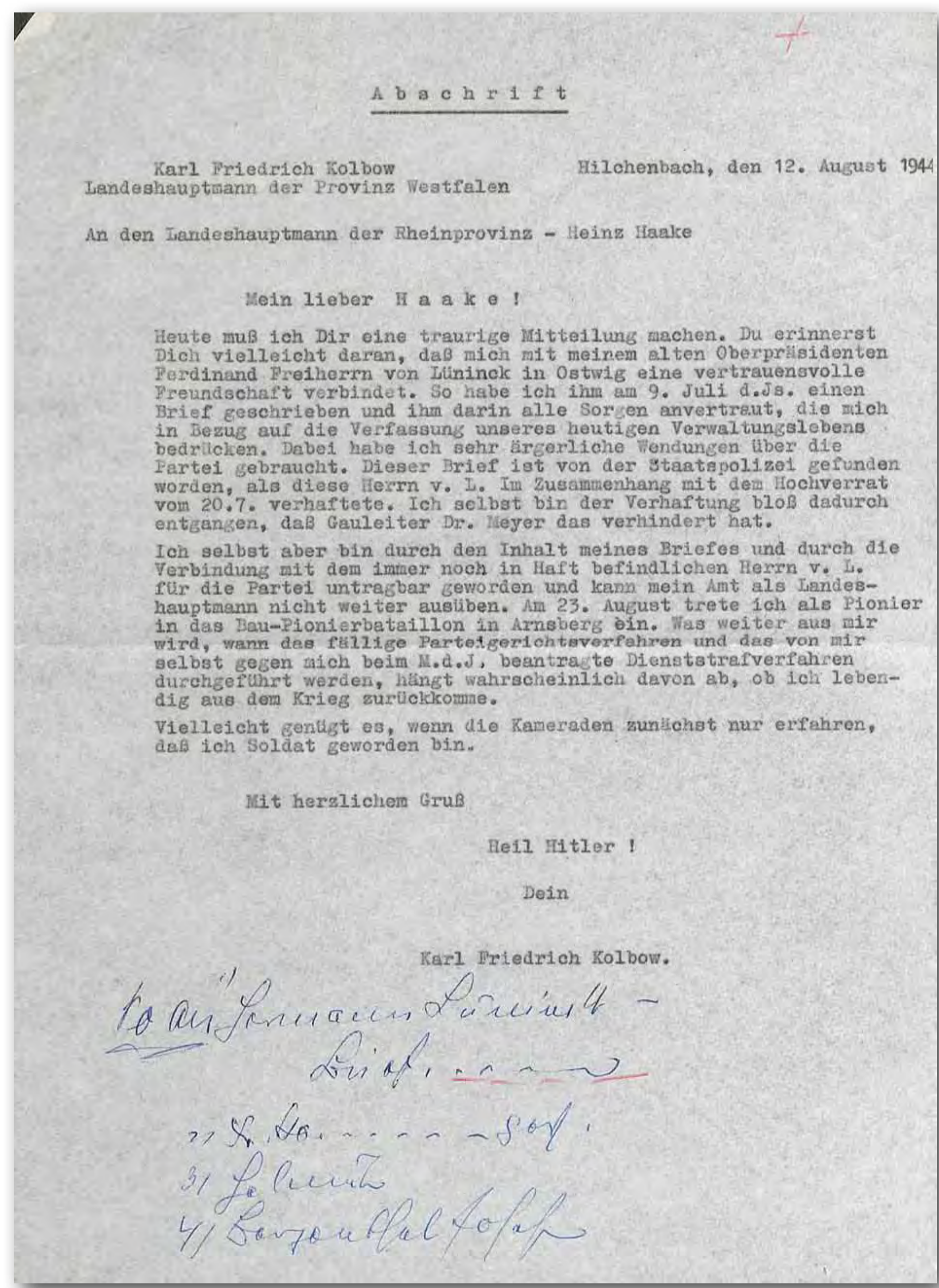


Abb. 6 Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow informiert Landeshauptmann Heinz Haake über seine Absetzung aus dem Amt
(Quelle: Archiv LWL, Best. 908/123)

Die Arbeit des Provinzialverbandes wurde zunehmend durch Kriegseinwirkungen erschwert. Die Zerstörung von Verwaltungsgebäuden durch Bombenangriffe führte schließlich zur Auslagerung der Verwaltung in entlegene Landesteile (Abb. 7, 8).



Abb. 7 Das Landeshaus nach einem Luftangriff 1943
(Quelle: LWL Medienzentrums)

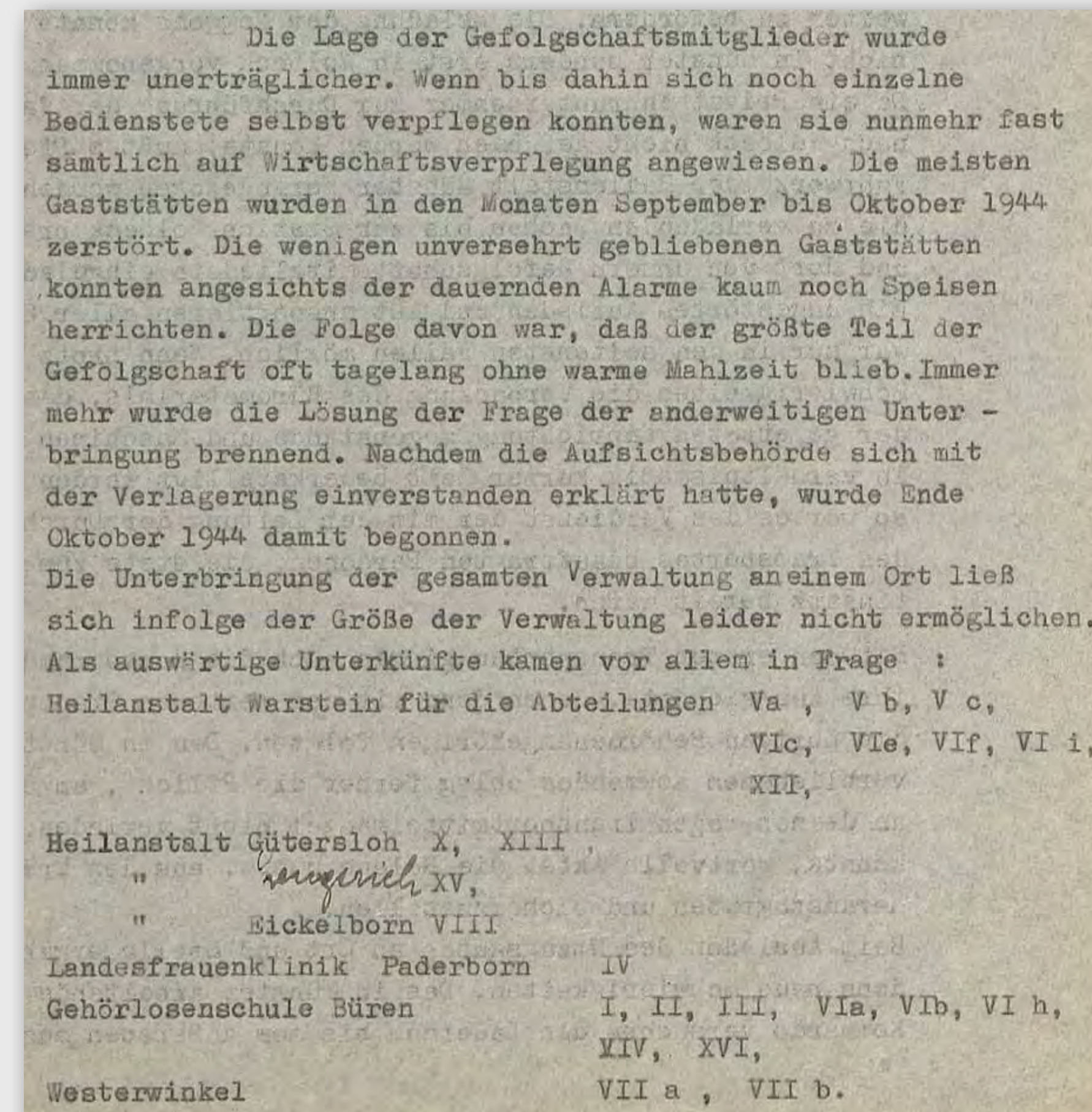


Abb. 8 Bericht über die letzten Kriegsjahre und den kriegsbedingten Umzug der Verwaltung nach Büren
(Quelle: Archiv LWL, Best. 130/1464)